Antrag Nr. 09-O-12-0003

Fraktion DIE REPUBLIKANER

Betreff:

vereinfachter Bebauungsplan Erbenheim Mitte mit Ortsbilsatzung (REP)

Antragstext:

Antrag der Fraktion DIE REPUBLIKANER:

Der Magistrat wird gebeten,

für den Planungsbereich Erbenheim Mitte einen vereinfachten Bebauungsplan mit einer Ortsbilsatzung zu beschließen.

Begründung:

Ich hatte bereits am 29.2.08 einen Antrag zur weiteren Bearbeitung des Bebauungsplanes „Erbenheim-Mitte“ gestellt. Daraufhin fand im Dez. 08 im Stadtplanungsamt eine Besprechung statt. Das Stadtplanungsamt regte einen Ortsbeiratsbeschuß zur Aufstellung eines „Vereinfachten Bebauungsplanes mit Ortsbilsatzung“ an und bat den Ortsbeirat um einen Grundsatzbeschuß.

Der Bebauungsplan „Erbenheim Mitte“ von 1992 - der bis heute nicht rechtskräftig wurde - ist mit seinen engen Regeln und Festsetzungen nicht mehr zeitgemäß. Die Erfahrungen des Stadtplanungsamtes haben gezeigt, daß sich bei zu engen Festsetzungen große Schwierigkeiten mit Ersatzbebauungen und Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes ergeben haben und viele Ausnahmen genehmigt werden mußten. Dies will das Stadtplanungsamt in Zukunft durch vereinfachte Bebauungspläne mit Ortsbilsatzungen verhindern bzw. regeln.

Damit soll das Ortsbild und der Ortscharakter weitgehend erhalten werden und eine gesunde und maßvolle Entwicklung Erbenheims erreicht werden. Überdimensionierte und ortsbildschädliche Bauungen sollen damit in Zukunft verhindert werden. Eine Verdichtung mit all ihren Nachteilen soll vermieden werden.

Das Stadtplanungsamt hat in anderen Ortsbezirken neue Erkenntnisse gewonnen und diese in einem vereinfachten Bebauungsplan mit Ortsbilsatzung verarbeitet. Dieses Verfahren soll auch in Erbenheim angewendet werden, um zum einen Rechtssicherheit für zukünftige Bauvorhaben zu gewinnen und zum anderen das gewachsene Ortsbild zu erhalten und vernünftig weiterzuentwickeln. Bauanträge die diesem Ziel zuwiderlaufen, müssen schnellstens verhindert werden.

In diesem vereinfachten Bebauungsplan soll die Zahl der Wohneinheiten pro Grundstück festgelegt werden. Umgehungen müssen verhindert werden.

Auch die Zahl der Stellplätze ist dem tatsächlichen derzeitigen Bedarf anzupassen und durch eine Stellplatzsatzung mit 1,5 Stellplätzen pro Wohneinheit im Bebauungsplan zu regeln.

Bei Ersatzbauten im Ortskern der letzten Jahre hat sich gezeigt, daß an der Straßenfront der Grundstücke „Schein-Wohngebäude“ (Garagenrückseiten) errichtet wurden, weil ein

Antrag Nr. 09-O-12-0003
Fraktion DIE REPUBLIKANER

Wohnen im Erdgeschoß direkt an der Straßenfront von den Eigentümern nicht erwünscht ist.

Die eigentlichen Wohngebäude wurden dann rückwärtig angeordnet.

Fotos werden noch vorgelegt.

Auch ist aus früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten eine geordnete Bauflucht nicht zu erkennen und auch nicht immer eingehalten. Diese Fehler sollten bei einer Neubebauung korrigiert und nicht stur an der alten Gebäudeflucht festgehalten werden. Unnötige Straßenraumverengungen würden damit auch vermieden.

Der Ortsbeirat ist aufgefordert zu entscheiden, ob er diesen Vorschlag des „Vereinfachten Bebauungsplanes mit Ortsbildsatzung“ aufgreifen will, damit ein zügiges Bebauungsplanverfahren mit Bürgerbeteiligung beginnen kann:

Wiesbaden, 19.01.2009

Kopp